

Gabriele Hiller-Ohm

Gemeinsam. Gerecht. Gabi!



SPD

Rechenschaftsbericht 2018-2019

für den ordentlichen Kreisparteitag des SPD-Kreisverbandes Herzogtum Lauenburg
am 23. November 2019

MEINE KURZBILANZ 2018-2019 IN ZAHLEN:

+++ **173** Erwähnungen in der Presse +++ **145** Pressemitteilungen +++
15 Bundestagsreden +++ **2** Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen +++

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit diesem kurzen Rechenschaftsbericht für die Jahre 2018 und 2019 möchte ich Euch wieder über meine Aktivitäten als Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis 11 informieren, zu dem neben der Hansestadt Lübeck insgesamt 27 Gemeinden der Ämter Berkenthin und Sandesneben(-Nusse) gehören sowie seit der letzten Bundestagswahl der Wahlkreis 6 Neumünster als Betreuungswahlkreis.

Wir stehen jetzt mit der Großen Koalition kurz vor der Halbzeitbilanz, über die wir auf dem Bundesparteitag vom 6.-8. Dezember diskutieren wollen. Dort werden auch unsere künftigen Parteivorsitzenden gewählt. Meine Bitte an Euch ist, wer auch immer von den sechs Teams die Mehrheit erhält, sollte von uns allen in Zukunft voll und ganz unterstützt werden! Dafür haben übrigens auch alle Kandidatinnen und Kandidaten während der Vorstellungstour immer wieder geworben und damit große Fairness gezeigt.

Zur Halbzeitbilanz der Groko, die im November von der Regierung vorgelegt wird, hat die Bertelsmann-Stiftung bereits im August eine Analyse erstellt. Dabei kam heraus, dass die Bundesregierung in den ersten 15 Monaten bereits mehr als 60 Prozent ihrer 296 Koalitionsversprechen eingelöst hat. In meinen beiden Ausschüssen Arbeit und Soziales und Tourismus arbeiten wir unsere Vorhaben mit großem Nachdruck ab. Derzeit ist zum Beispiel das Angehörigen-Entlastungsgesetz im parlamentarischen Verfahren, mit dem wir die Situation für unterhaltspflichtige Kinder von pflegebedürftigen Eltern verbessern werden. Ein anderes Beispiel ist die Nationale Tourismusstrategie, die wir jetzt beschlossen haben und die im Frühjahr umgesetzt wird. Tourismus ist für Deutschland und gerade auch Schleswig-Holstein ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, dessen Potential noch lange nicht ausgeschöpft ist. Dies wollen wir mit der erstmals formulierten Nationalen Tourismusstrategie ändern. Wichtige Felder sind dabei: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Verträglichkeit und ökologische Verantwortung.

Natürlich ist es nicht immer einfach, etwa wenn sich die Union bei einem so großen Thema, wie der Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung quer stellt. Hier hilft uns nur, beharrlich am Ball zu bleiben und mit guten Argumenten zu überzeugen. Daran möchte ich mit Euch gemeinsam gerne weiterarbeiten.

Solidarische Grüße

Gabriele Hiller-Ohm

Wahlkreisarbeit

Im Berichtszeitraum bin ich in meinem Wahlkreis mit Veranstaltungen, Besuchen und Gesprächen vor Ort aktiv gewesen. Ich stehe weiter in engem Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Unternehmen und Initiativen vor Ort. Die Wahlkreisarbeit ist und bleibt das Fundament meiner politischen Arbeit.

Jeweils gemeinsam mit meinem Kollegen Sönke Rix habe ich zwei Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen, beide zum Thema Frauenwahlrecht, durchgeführt. Eine im November 2018 mit dem Titel „100 Jahre Frauenwahlrecht - Ein Grund zum Feiern – und zum Weiterkämpfen für Frauenrechte“ mit der ersten Frauenministerin von Schleswig-Holstein, Gisela Böhrk, und die zweite Veranstaltung mit dem Titel „Männer und Frauen sind gleichberechtigt! 100 Jahre Frauenwahlrecht, 70 Jahre Gleichstellung im Grundgesetz – und heute?“

Um über die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion zu berichten und mich über aktuelle Themen vor Ort zu informieren, war ich als Referentin und Gesprächspartnerin viel im Wahlkreis unterwegs.

Ausgewählte Termine im Berichtszeitraum waren:

14.01.18	SPD-Schleswig-Holstein-Konferenz
12.02.18	ASF-Besuch bei der alevitischen Gemeinde
16.02.18	Gespräch zum Bundesteilhabegesetz
24.02.18	Mitgliederaustausch SPD Herzogtum Lauenburg zum Koalitionsvertrag
25.03.18	Pol. Frühstück OV Siebenbäumen
13.04.18	Bürgersprechstunde
13.04.18	Veranstaltung "Was bringt der Koalitionsvertrag für die Städte und Gemeinden?"
24.05.18	Bürgersprechstunde
30.06.18	BPA-Fahrer Nachtreffen
01.10.18	Gespräch mit Mieterverein Mittelholstein + SoVD Neumünster
01.10.18	Bürgersprechstunde zum Thema Wohnen
04.12.18	Bürgersprechstunde
04.12.18	Sitzung OV Berkenthin
24.01.19	Gesprächstermin Tourismusstrategie in Ratzeburg
05.02.19	Bürgersprechstunde
07.02.19	Bürgersprechstunde
23.02.19	Besuch Theatergruppe Bliestorf
04.03.19	Bürgersprechstunde
25.04.19	Gespräch Kita-Reform Berkenthin
29.04.19	Gesprächsabend zur Europawahl mit Martin Schulz und Enrico Kreft
20.05.19	Bürgersprechstunde
24.05.19	70 Jahre Haus Arild in Bliestorf
29.06.19	BPA-Fahrer Nachtreffen
28.10.19	Bürgersprechstunde

Nach wie vor ist der Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals ein sehr wichtiges Thema. Für die Investitionen in den Elbe-Lübeck-Kanal habe ich mich jahrelang tatenkräftig eingesetzt. Mit der Teilnahme an Veranstaltungen, insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2018, habe ich immer wieder für die Bewilligung von Mitteln zum Ausbau des Kanals geworben. Ich freue mich sehr, dass es nun gelungen ist, den Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals im neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 zu verankern.

Der Bund wird damit 838 Mio. Euro über die kommenden Jahre in den Ausbau investieren. Das ist so wichtig, da mit dem Ausbau die Befahrbarkeit des Kanals verbessert und weiterhin die Durchgängigkeit für die Binnenschifffahrt garantiert wird. Der Kanal kann endlich zu einer leistungsfähigen, effizienten und umweltfreundlichen Verbindung zwischen Ostsee und deutschem Binnenschifffahrtsnetz werden. Die Investitionen in umweltfreundliche Wasserstraßenverkehre sind so notwendig, da somit der Transport von

Gütern von der Straße auf das Wasser verlegt werden kann. So kann innerdeutscher Handel klimaschonender ausgebaut werden.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Seit Anfang 2018 habe ich 145 Pressemitteilungen an die Medien geschickt. Zusätzlich habe ich auch 10 Pressemitteilungen im Namen der SPD-Bundestagsfraktion verfasst. Diese sind im Internet unter www.spdfraktion.de zu finden. In 173 Presseartikeln der Lübecker Nachrichten, HL-live und anderen Print- und Onlinemedien wurde über meine Arbeit berichtet. Zudem gebe ich regelmäßig den Newsletter „Berliner Bundbrief“ heraus, um über meine Arbeit zu informieren.

Alle Informationen zu meiner politischen Arbeit gibt es auch auf meiner Homepage www.hiller-ohm.de. Bei Facebook bin ich selbstverständlich auch seit langem zu finden. Dort informiere ich sehr aktuell über meine Arbeit, lade zu Veranstaltungen ein und diskutiere gerne mit meinen rund 5.570 Followern. Auf Facebook erreiche ich bis zu 1.900 Menschen pro Beitrag. Und auch auf Instagram bespiele ich meine aktuell fast 1000 Abonnentinnen und Abonnenten mit Inhalten, die eher eine jüngere Zielgruppe ansprechen. Ergänzend dazu finden sich meine Bundestagsreden (mit Untertitel) sowie weitere interessante Videos auf YouTube.

Bürgeranfragen

Täglich erreichen meine Büros in Lübeck und Berlin mündliche und schriftliche Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zu den unterschiedlichsten Themen – von der Rentenpolitik bis zu Fragen einer Impfpflicht bei Kindern. Unser Ziel ist, jede Anfrage innerhalb von zwei Wochen zu bearbeiten. Wo dies nicht möglich ist, weil der Sachverhalt eine längere Recherche verlangt, geben wir zumindest eine Zwischenmeldung. Einige Anfragen erreichen mich auch über das Internetportal Abgeordnetenwatch. Dort stehe ich auch wieder mit einem „sehr gut“ und 100 Prozent beantworteten Fragen mit oben auf der Liste der fleißigsten Bundestagsabgeordneten in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet.

Arbeit im Deutschen Bundestag

I. Parlamentarische Aktivitäten

Ich habe seit Anfang 2018 fünfzehn Reden im Plenum des Bundestages gehalten, unter anderem zu den Themen Mindestlohn, Brückenteilzeit, Hartz IV, Arbeitslosengeld I, Sachgrundlose Befristung, Arbeitszeit, Midijobs und die Nationale Tourismusstrategie. Alle Reden könnt Ihr auf meiner Homepage www.hiller-ohm.de nachlesen sowie als Video mit Untertiteln anschauen.

Zudem habe ich im Rahmen meiner Arbeit in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales sowie Tourismus an vielen parlamentarischen Initiativen – Anträgen und Gesetzentwürfen – mitgewirkt.

II. Fraktion

In der Fraktion und im Fraktionsvorstand bin ich auch in der 19. Wahlperiode erneut als tourismuspolitische Sprecherin gewählt worden und nehme an den Obleute-Runden der Fraktion teil, in denen wir uns als fachpolitische Sprecherinnen und Sprecher austauschen. Zudem gehöre ich dem Koordinierungskreis des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Matthias Miersch für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Tourismus an. In der Landesgruppe Schleswig-Holstein, die aus den fünf SPD-Bundestagsabgeordneten aus dem nördlichsten Bundesland besteht, bin ich stellvertretende Sprecherin. Innerhalb der Fraktion gehöre ich der Parlamentarischen Linken (PL) an und bin Mitglied der Küstengang, in der wir die maritime Politik für Norddeutschland vorantreiben. Dazu bin ich Mitglied der Arbeitsgruppe Demokratie und arbeite im Gesprächskreis Afrika sowie in den Parlamentariergruppen Östliches Afrika und Westafrika. Darüber hinaus

bin ich Mitglied der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe und den Parlamentariergruppen Binnenschifffahrt, Schienenverkehr und Schienenlärm.

III. Arbeitsgruppen und Ausschüsse

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit in Berlin ist die Tätigkeit in den Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion und in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages. Hier wird die Vorarbeit geleistet für Gesetzesinitiativen und Anträge der Fraktionen. Ordentliches Mitglied bin ich im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie im Ausschuss für Tourismus, zudem stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft.

1. Arbeitsgruppe und Ausschuss für Arbeit und Soziales

In der SPD-Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales bin ich in der 19. Wahlperiode für folgende Themen Berichtsteratterin, die auch für den Tourismus von großer Bedeutung sind: Arbeitszeit und Experimentierräume, Mini- und Midijobs, Schwarzarbeitsbekämpfung und illegale Beschäftigung, Saisonbeschäftigte, Befristungsrecht, SGB IV sowie Gleichstellung von Frauen mit den Themen Entgeltgleichheit, Familienarbeitszeit und Brückenteilzeit. Darüber hinaus bin ich bei den Mitberatungen für die Themen der Arbeitsgemeinschaften Finanzen und Tourismus zuständig.

Ausgewählte Stichpunkte meiner Tätigkeit in der Arbeits- und Sozialpolitik im Berichtszeitraum:

Brückenteilzeit

Mit der Brückenteilzeit haben wir für Teilzeitbeschäftigte ab 1. Januar 2019 das Recht geschaffen, in die Vollarbeitszeit oder die vormalige nach einer Phase der Teilzeitbeschäftigung zurückkehren zu dürfen. Das hilft vor allem Frauen. Aber auch immer mehr Männer arbeiten phasenweise in Teilzeit. So sind über 11 Millionen Menschen in Teilzeit beschäftigt, davon neun Millionen Frauen und 2,4 Millionen Männer. 1,8 Millionen Teilzeitbeschäftigte wollen mehr arbeiten und eine Millionen Beschäftigte ihre Arbeitszeit reduzieren, ohne dabei in die Teilzeitfalle zu geraten. Das Bundesarbeitsministerium rechnet 2019 mit 155.000 Anträgen für die Brückenteilzeit. Ich bin auf die Zahlen gespannt, die das Ministerium 2020 dazu veröffentlichen wird.

Sachgrundlose Befristung

Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, sachgrundlose Befristungen zu reduzieren und endlose Kettenbefristungen abzuschaffen. Dazu sind drei Maßnahmen geplant: den Anteil sachgrundloser Befristungen bei größeren Arbeitgebern mit mehr als 75 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen beschränken, die mögliche Dauer einer sachgrundlosen Befristung auf 18 Monate zu verkürzen und eine Höchstbefristungsdauer von fünf Jahren bei einem Arbeitgeber oder einer Arbeitgeberin gegen endlose Kettenbefristungen einzuführen.

Das Gesetzesvorhaben ist ein Dauerbrenner. Die Abschaffung der Sachgrundlosen Befristung wird von uns Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen schon lange gewollt. Auch wenn die Umsetzung des Koalitionsvertrages nicht alle sozialdemokratischen Wünsche erfüllt, brauchen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer endlich langfristige und sicherere Arbeitsverträge. Deshalb arbeitet auch das Bundesarbeitsministerium mit Hubertus Heil an der Spitze mit Druck an dem Vorhaben, das 2020 umgesetzt werden soll. Allerdings ist die Gegenwehr der Union hoch, von Seiten der Arbeitgeber, vor allem des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall kommt heftige Gegenwehr. So habe ich in diesem Jahr bereits mehrere Fach- und Verbändegespräche beispielsweise mit Vertretern der Lufthansa und den Gesamtmetallern geführt und war zu Gast bei einem öffentlichen Podiumsgespräch mit Vertreter anderer Parteien, dem Beamtenbund (dbb) und Gesamtmetall.

Arbeitszeit

Nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Zeiterfassung der Arbeitszeit vom Mai 2019 steht das Thema nun auch in Berlin auf der Agenda. Mit dem Urteilsspruch fordert der EuGH die europäischen Mitgliedsstaaten auf, die Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen zu verpflichten, ein objektives,

verlässliches und zugängliches System einzurichten, mit dem die täglich geleistete Arbeitszeit eines jeden Arbeitnehmers und einer Arbeitnehmerin gemessen werden kann.

Wir als SPD begrüßen das Urteil zur Regelung der Erfassung der Arbeitszeit ausdrücklich. Durch die Verpflichtung der Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen ein System einzurichten, mit dem die tägliche Arbeitszeit gemessen wird, kann eine konsequente Erfassung der Arbeitszeit sichergestellt werden. Das schützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ausbeutung und Missbrauch und sichert das Recht auf die täglichen und wöchentlichen Ruhezeiten. Besonders in Zeiten neuer Arbeitsformen und immer flexibleren Arbeitszeiten muss sichergestellt werden, dass Arbeitszeiten eingehalten werden können. Nur so können faire Arbeitsbedingungen und die Einhaltung der Rechte der Beschäftigten garantiert werden.

Den Mitgliedsstaaten obliegt nun die genaue Umsetzung des Urteils. Wie dies geschehen soll, ist noch unklar. Das Bundesarbeitsministerium sowie das Bundeswirtschaftsministerium haben dazu zwei Studien in Auftrag gegeben, die konkrete Vorschläge zur Umsetzung erarbeiten sollen. Als Berichterstatterin meiner Fraktion für das Thema Arbeitszeit hatte ich zur Umsetzung des Urteils bereits ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Deutschen Telekom AG. Das Unternehmen sorgt sich, dass die unterschiedlichen Arbeitsmodelle des Unternehmens an Flexibilität verlieren könnten. Ich bin mir sicher, wir werden zusammen mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden eine gute und sozial gerechte Lösung finden, die Flexibilität ermöglicht und dennoch die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärkt.

Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit

Noch immer sind viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Schwarzarbeit und massivem Sozialleistungsmissbrauch betroffen. Diese Menschen sind oftmals komplett ihrer Rechte beraubt, schufteten für einen zu niedrigen Lohn und sind dann auch noch in Schrottimmobilien untergebracht. Es hat erhebliche Beitragsausfälle in der Sozialversicherung zur Folge und belastet die Solidargemeinschaft. Darüber hinaus beeinträchtigen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung den Wettbewerb und bedrohen gesetzestreue Unternehmen teilweise in ihrer Existenz. Das schadet der Volkswirtschaft in gravierendem Maße.

Am 18. Juli 2019 ist das Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz erhält der Zoll zusätzliche Kompetenzen und zusätzliche Stellen. So kann er frühzeitig gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen vorgehen. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit darf dann auch bei Verdacht auf Ausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandeln ermitteln. Künftig zählen auch die tariflich vereinbarten Unterkunftsbedingungen zu den Mindestarbeitsstandards und können vom Zoll überprüft werden. Das soll verhindern, dass Beschäftigte in überfüllten Schrottimmobilien zu übersteuerten Mieten untergebracht werden oder auf Obdachlosenunterkünfte ausweichen müssen.

Im Rahmen des Entstehungsprozesses des Gesetzesentwurfes hatte ich im März die Möglichkeit das Hauptzollamt Kiel und Lübeck zu besuchen und mich vor Ort über die positiven Auswirkungen zu informieren.

Minijobs und Midijobs

Beim Thema geringfügige Beschäftigung versucht die FDP immer wieder mit Anträgen und Gesetzentwürfen, die Obergrenze für Minijobs und für die Gleitzone bei Midijobs an die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns zu koppeln. Dies lehnen wir konsequent ab. Die Einführung einer starren Obergrenze 1999 hatte das klare Ziel, dass geringfügig entlohnte Beschäftigungen bei steigenden Löhnen im Zeitablauf an Bedeutung verlieren sollen. Daran halten wir weiterhin fest, denn wir wollen den Menschen eine langfristige berufliche Perspektive unter dem Schutz der Sozialversicherungen bieten, bei der auch die Rente später einmal zum Leben reicht.

Mit dem RV-Leistungsverbesserungs- und -Stabilisierungsgesetz (Rentenpaket) haben wir einzig die im Koalitionsvertrag vereinbarte Gleitzone (neu: Übergangsbereich) auf Arbeitsentgelte von 450,01 Euro bis 1.300 Euro (bisher: 850 Euro) bei den Midijobs ausgeweitet und dadurch Beschäftigte mit geringem Einkommen bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet, ohne dass diese Rentenansprüche verlieren. Das bedeutet,

dass Midijob-Beschäftigte mehr Netto erhalten. Es ist allerdings nicht vorgesehen, die Grenze regelmäßig anzupassen, da ein Anpassungsmechanismus u.a. zu großen finanziellen Belastungen der Sozialversicherung führen würde. Die Regelung zu den Midijobs trat am 1. Juli 2019 in Kraft. Ich war an den Koalitionsgesprächen mit CDU/CSU als zuständige Berichterstatterin beteiligt und habe an weiteren Gesprächs- und Expertenrunden teilgenommen sowie die Regelungen zu den Midijobs in der Anhörung betreut.

Entgeltgleichheit

Um gegen Lohndiskriminierung vorzugehen, hatte der Bundestag 2017 das Entgelttransparenzgesetz beschlossen, in dem nach zwei Jahren eine Evaluation vorgeschrieben war. Dies haben wir noch einmal im Koalitionsvertrag 2019 aufgenommen und verabredet, aus den ersten Erfahrungen mit dem Gesetz die notwendigen Schritte abzuleiten. Fest steht nun: Das Gesetz muss ausgebaut werden, um eine echte Chance auf gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit zu bieten. Deshalb sollen Unternehmen in Zukunft verbindliche Prüfverfahren anwenden, die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zertifiziert sind. Wenn schlechtere Bezahlung bei gleicher oder gleichwertiger Qualifikation und Tätigkeit festgestellt wird, muss das Unternehmen das konsequent beseitigen. Darüber hinaus muss das Auskunftsrecht über die Gehälter von Kolleginnen und Kollegen in vergleichbaren Positionen auf kleinere und mittlere Unternehmen ausgeweitet werden.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes haben nur vier von 100 Befragten in Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten ihr individuelles Recht auf eine Auskunft genutzt. Auskunftsanfragen erreichten 14 Prozent der infrage kommenden Unternehmen und sieben Prozent der Institutionen im öffentlichen Dienst. Die eigenen Entgeltstrukturen überprüft haben 43 Prozent der Unternehmen mit 200 bis 500 Beschäftigten und 45 Prozent mit mehr als 500 Beschäftigten. Die Evaluation gibt mit diesen Zahlen deutliche Hinweise auf eine Nachbesserung des Gesetzes. Als SPD-Bundestagsfraktion fordern wir zudem die Einführung eines Verbandsklagerechts. Es ist den Frauen nicht zuzumuten, allein gegen ihre Arbeitgeber vor Gericht zu ziehen. Zudem wollen wir, dass eine Einigungsstelle für Entgeltgleichheit eingerichtet wird.

2. Arbeitsgruppe und Ausschuss für Tourismus

Ich freue mich, dass ich auch zur Halbzeit der 19. Legislaturperiode im Amt als Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion bestätigt und wiedergewählt wurde. Damit leite und koordiniere ich die Arbeitsgruppe Tourismus und bin erste Ansprechpartnerin der SPD-Bundestagsfraktion für tourismuspolitische Fragen und Themen, auch gegenüber Verbänden und Medien.

Ausgewählte Stichpunkte meiner Tätigkeit in der Tourismuspolitik im Berichtszeitraum:

Nationale Tourismusstrategie

Ein Schwerpunkt im Tourismusausschuss in diesem Jahr ist die Erarbeitung einer Nationalen Tourismusstrategie. Dafür haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern von CDU/CSU einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Die Regierung wird im kommenden Frühjahr mit der Umsetzung dieses Antrages beginnen. Dass es eine Nationale Tourismusstrategie geben wird, ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik und ich freue mich, Teil von diesem Prozess zu sein.

Mit der nationalen Tourismusstrategie stärken wir die Tourismusbranche umfassend nachhaltig und sozial. Wir werten die Berufsbilder im Tourismus auf, gehen den Fachkräftemangel in der Branche an und setzen uns für einen Tourismus im Einklang mit der Umwelt ein. Gleichzeitig stärken wir die Infrastruktur insbesondere in ländlichen Regionen, vereinfachen den Zugang zu Förderprogrammen und setzen uns dafür ein, dass Tourismus auch in Entwicklungs- und Schwellenländern zu einer nachhaltigen und sozialen Stabilisierung der Gesellschaft vor Ort beiträgt. Insbesondere bin ich stolz, dass etwa zwei Drittel der Forderungen der SPD in diesem Antrag enthalten sind.

Fachgespräche mit Verbänden

Regelmäßig werde ich zu Fachgesprächen eingeladen, bei denen ich mich über aktuelle Herausforderungen in der Tourismusbranche erkundige. Bei diesen Gesprächen informiere ich die Branche auch über die Positionen der SPD und stelle unsere Ansätze vor, die Tourismusbranche in Deutschland weiter zu stärken.

Fachgespräche der Sprecherinnen und Sprecher in der Tourismuspolitik

Als tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion bin ich auch im ständigen Austausch mit Akteurinnen und Akteuren auf allen Ebenen der Politik. Ein Aspekt davon ist die Teilnahme und Berichterstattung auf der SPD-Sprecherkonferenz Tourismuspolitik im Juni 2018. Am 22. Oktober 2019 wurde ich in meiner Funktion als tourismuspolitische Sprecherin wiedergewählt. Ich freue mich, an sechs Jahre Erfahrung als Sprecherin der SPD Tourismus AG anzuknüpfen und auch in den kommenden zwei Jahren tourismuspolitische Positionen der SPD nach außen zu vertreten.

Koordinierung der Tourismuspolitik

Jährlich richte ich einen tourismuspolitischen Dialog mit rund 60 hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Tourismusbranche, -verbände und -vereine sowie Gewerkschaften aus. Dabei gibt es inhaltliche Workshops zu Arbeit und Ausbildung im Tourismus, Gespräche zum Thema Tourismusinfrastruktur im ländlichen Raum und Diskussionen zur Stärkung des Verbraucherschutzes für Reisende. Im Jahr 2018 fand dieses Gespräch im Juni statt, 2019 fand es im Mai statt.

Informationsfahrten nach Berlin

In den Jahren 2018 und 2019 konnte ich insgesamt sechs dreitägige Fahrten mit jeweils 50 Plätzen in die Bundeshauptstadt anbieten. Viele Genossinnen und Genossen aus den Ortsvereinen sowie Bürgerinnen und Bürger aus Lübeck und den Ämtern waren dabei. Auch einige Schulklassen der Thomas-Mann-Schule und der Emil-Possehl-Schule sind wieder mitgefahren und haben das politische Bildungsprogramm genutzt. Ungebremst ist die große Nachfrage an den bezuschussten Tagesfahrten nach Berlin. Den Schwerpunkt dieser Besuchergruppen bilden Schülerinnen und Schüler, aber ich lade auch viele Ehrenamtliche aus Vereinen und Verbänden ein.

Jedes Jahr kann ich damit insgesamt rund 1.000 Menschen aus meinem Wahlkreis – ein Großteil davon Schulklassen – einen Besuch im Deutschen Bundestag mit Gespräch und Diskussion ermöglichen.

Dank

Ohne mein tolles Team in Berlin und Lübeck und ohne die Unterstützung vieler engagierter Genossinnen und Genossen hätte ich das alles nicht geschafft. – VIELEN DANK!

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 73 514
Fax: (030) 227 – 76 514
E-Mail: gabriele.hiller-ohm@bundestag.de

AnsprechpartnerInnen:

Martina Sommerfeld
Anne Paetz
Philipp Salzer
Janne Rossen

Wahlkreisbüro

Große Burgstraße 51
23552 Lübeck
Tel: (0451) 3 84 68 94
Fax: (0451) 3 84 68 96
E-Mail: gabriele.hiller-ohm@wk.bundestag.de

AnsprechpartnerInnen:

Dagmar Tartemann
Henry Berndt

www.hiller-ohm.de | www.facebook.com/GabrieleHillerOhm | www.instagram.com/hillerohm_spd